

wir feststellen, daß seit Tur dieses Rücktrittsrecht aufhörte, sobald ein Handschlag gewechselt oder eine Arrha gegeben worden war. Der vorleistende Käufer war fortan nicht mehr abhängig von der Gesinnungstüchtigkeit seines Vertragsgegners. Bei Nichtleistung der Ware brauchte der Käufer den Verkäufer nicht bloß dem moralisch wirkenden Fluche auszusetzen. Ihm stand jetzt der Weg der Klage offen. Die rechtliche Stellung des Käufers war damit juristisch wie wirtschaftlich weit sicherer geworden.

III.

Der Kodifikator Tur berichtet uns nicht, aus welchem Rechte das jüdische Gewohnheitsrecht von Handschlag und Arrha stammte, welches er in sein Werk aufnahm. Nach dem Vorgetragenen spricht aber hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß die jüdische Rechtssitte deutschen Rechtsanschauungen ihren Ursprung verdankte. Nicht für die Arrha, wohl aber für den Handschlag hätte Tur sich auf das altjüdische Recht berufen können, das ihm zweifellos bekannt war. Das tat er nicht. Er zieht die kaufmännische Sitte als rechtserzeugend heran. Nicht altjüdisches Volksrecht, sondern neujüdisches Kaufleuterecht stellt somit die Rechtsquelle dar. Gerade im Handel mußte sich der talmudische Kaufvertrag als besonders veraltet, als besonders hemmend erweisen. Durch die Aufnahme von Handschlag und Arrha änderte sich dies mit einem Schlag. Somit ist wohl die Annahme erlaubt, daß wir es mit einer Rezeption deutschen Rechts in eine mittelalterliche Bearbeitung des Talmud zu tun haben, eine Rezeption, welche vermittelt wurde durch jüdisches Kaufleuterecht. Ist dies richtig, so wird dadurch zugleich der Beweis erbracht, daß die jüdischen Kodifikatoren dem Gedanken nicht unzugänglich waren, neue Rechtsanschauungen zu rezipieren, wenn diese dazu dienten, das alte Recht in brauchbarer Weise fortzubilden. Der hier dargelegte Fall ist um so bedeutsamer, als der Kodex von Tur „unter allen früheren und späteren Kodifikationen den höchsten Einfluß auf die Theorie und Praxis des jüdischen Rechts erlangte“, wie uns Auerbach S. 139 mitteilt.

Heidelberg.

Hans Fehr.

[Das älteste Breisacher Stadtrecht.]

Vorbemerkungen.

In den Fragenkomplex, der die Textgeschichte des zähringischen Stadtrechtskreises umgibt, ist das Breisacher Stadtrecht von 1275 (BrS) zweifach verflochten. Enthalten einerseits die Tochterrechte von Kolmar, Schlettstadt und Neuenburg a. Rh. Freiburger und Breisacher Sätze vermischt, so zeigt andererseits BrS selbst wieder unverkennbare Einflüsse Freiburger Ursprungs. Ehe daher an die Textgeschichte jener drei Reichsstädte herangetreten werden kann, ist es erforderlich, zu-

nächst eine Textkritik von Brs zu versuchen. Dazu einen Beitrag zu liefern ist das Ziel dieser Zeilen.¹⁾

Die Verwandtschaft von Brs mit dem Freiburger Rechte gebietet es, an die für letzteres gewonnenen Forschungsergebnisse kurz Anschluß zu nehmen. Eine Aufrollung der alten Streitfragen soll freilich vermieden werden; sie würde weit über den Rahmen dieser Abhandlung hinausgreifen.

Insbesondere gilt dies vom jüngsten der lateinischen Texte, dem Stadtrodel (Rd). Hinsichtlich seiner Entstehungszeit schwanken heute die Meinungen zwischen dem 2. und 4. Jahrzehnt des 13. Jahrh.²⁾ Für den Freiburger Einfluß in Brs kommt, wie sich (§ 3) ergeben wird, der Rd nicht mehr in Frage.

Wichtiger ist für die Textkritik von Brs der Freiburger Rumpftext von Bremgarten³⁾ (Bgt)-Tennenbach (Tb II). Hatte hier Rietschel⁴⁾ die textliche Überlieferung auf festeren Boden gestellt, so neuerdings A. Schultze⁵⁾ die Datierungsfrage. Schon Maurer⁶⁾ und Hegel⁷⁾ hatten die Ersetzung des Herzogstitels durch die farblose Bezeichnung „dominus“ in Bgt-Tb II textkritisch ausgebeutet; die seitherige Literatur wies den letzteren Text der nachzähringischen Zeit zu.⁸⁾ Mit dieser Beweisführung hat Schultze gebrochen. Er erklärt, wie schon Rörrig für den Rd⁹⁾, die Entstehung der bürgerlichen Rechtsaufzeichnung von Bgt-Tb II vor 1218 für möglich und gesteht Rietschel¹⁰⁾ nur das Eine zu, daß die Titeländerung mit Absicht vorgenommen wurde: entweder in Erwartung des Herrschaftswechsels oder im Gefolge desselben. Auch dann noch bleibt ein sehr erheblicher Spielraum, und der von Schultze schließlich gewählte Ansatz von 1225 will nicht mehr Geltung für sich beanspruchen, als beispielsweise eine Datierung um 1208.¹¹⁾

Die Textkritik der erweiterten Gründungsurkunde (Tb I) hat Welti¹²⁾ zwiefach über Hegels Ergebnisse hinausgeführt: die von

¹⁾ Es sei mir an dieser Stelle gestattet, Herrn Kollegen Frhrn. v. Künßberg für empfangene Anregung und stets bereitete Bücherhilfe im Lazarett meinen herzlichen Dank auszusprechen.

²⁾ Vgl. die zusammenfassende Orientierung A. Schultzes, ZGO. NF. 28, 188 ff. 204 f. Dazu Rörrig, Hist. Vierteljahrschr. 1914, 1 S. 158 n. 4.

³⁾ Zit. in der Paraphrasierung von Merz, Stadtr. v. Bremg. u. Lenzburg, Samml. schweiz. Rqu. XVI (Aargau), 1. T. 4. Bd. S. 8 ff.

⁴⁾ Neue Studien üb. d. ält. Stadtr. v. Freiburg i. Br. (Festg. f. Thudichum 1907).

⁵⁾ S. Anm. 2.

⁶⁾ ZGO. NF. 1, 176.

⁷⁾ ZGO. NF. 11, 278.

⁸⁾ Das gilt auch für meine Unters. z. Gesch. d. ält. Stadtr. v. Freiburg i. Br. u. Villingen a. Schw., Deutschrechtl. Beitr. V, 1 (1910), 26 ff.

⁹⁾ ZGO. NF. 26, 63 f.

¹⁰⁾ S. dessen nachgelassene Abhandlung in dieser Zeitschr. 33, 471 ff.

¹¹⁾ Bertold V. war in diesem Jahre schon nahe an 50 Jahre alt. Vgl. Heyck, Herz. v. Zähr. 423. Die Ehe mit der zweiten Gattin Clementia wurde sehr wahrscheinlich erst um diese Zeit, wenn nicht noch später geschlossen; fest steht jedenfalls, daß der Herzog 1208 kinderlos war. Ebd. 485 Anm. 1449.

¹²⁾ Beiträge z. Gesch. d. ält. Stadtr. v. Freiburg i. Ü., Gmürs Abhandl. z. schweiz. Recht, H. 25 (1908), insbes. 20 ff.

diesem angenommene Zäsur zwischen Konradsurkunde und Zusätzen herzoglicher Zeit (hinter art. 5) hat er als willkürlich erwiesen, die Vollständigkeit der textlichen Überlieferung mit guten Gründen in Zweifel gerückt. Dagegen hat er den Leitgedanken Hegels, daß die zugleich in Freiburg i. Ü. (Fbg Ü) und Dießenhofen (Dssh) wiederkehrenden Zusätze herzoglicher Zeit vor der Gründung dieser Städte entstanden sein müßten, festgehalten und damit für dieselben die Zeit um 1170 als Terminus ad quem gewahrt. Rietschels Einwand¹⁾, die Zusätze könnten auch später in die Tochterrechte gelangt sein, ist nicht überzeugend. Sie stehen dort nicht als Nachträge, sondern im Gesamtexte, und daher müßte angenommen werden, daß sie in den beiden Tochterrechten erst nachträglich und mit kaum erklärlicher Übereinstimmung in den Text hineingearbeitet worden seien.²⁾

Ein nach 1120 gelegener Terminus a quo endlich ist bisher m. W. für keinen der Zusätze aufgestellt worden.

Der Stand der Freiburger Textforschung läßt also von der vorsichtigen Heranziehung der frühen Bewidnungstexte und Freiburg nahestehender Stadtrechte nach wie vor Gewinn erhoffen: in erster Linie für die Textkritik der Gründungsurkunde und ihrer Zusätze, nächst dem auch für jene des Rumpftextes. Weltis Forscherarbeit³⁾ hat hier bereits den Grund gelegt. Für die Mehrzahl der schweizerischen Tochterrechte hat er Abhängigkeitsverhältnis und urkundlichen Wert der einzelnen Handfesten klargestellt, im Stadtrecht des savoyischen Städtchens Flümet von 1228 (Flm) den echten Textbestand Freiburgs i. Ü. erschlossen und damit ein einzigartiges Seitenstück zur erweiterten Freiburger Gründungsurkunde nutzbar gemacht. Darauf wird in Zukunft weiterzubauen sein, wobei der Fälschungscharakter der Berner Handfeste es nicht rechtfertigt, sie auch inhaltlich von der Berücksichtigung auszuschließen.

Neben die schweizerischen Quellen reiht sich nunmehr Brs als neue Erkenntnisquelle. Seine späte Verbriefung (1275) und noch mehr vielleicht seine selbständige Fassung mochten es verschulden, daß dieses Stadtrecht trotz des kräftigen Einschlags zähringischer Rechtsgedanken für die Freiburger Textforschung bisher kaum beachtet wurde. Und doch bringt der Umstand, daß neben den Freiburger Sätzen im Breisacher Texte sich auch ausdehntliche Rechtsausstrahlung feststellen läßt, der Forschung sicher keine Nachteile. Bieten doch, wo fremde Einflüsse die Träger des Rechtsfortschritts gewesen sind, gerade diese

¹⁾ Diese Zeitschr. 31, 563 f.

²⁾ Vgl. Weltis Ausführungen a. a. O. 9 ff. Ein Blick auf Flümet zeigt, daß die ältesten Bestandteile keineswegs nur am Anfang des überlieferten Textes zu suchen sind. Insofern halte ich Rietschels Begründung, der Satz über Allmendgenuß sei deshalb Gründerprivileg, weil er in Flm 5 und Dssh 3 unter den ersten Sätzen sich findet, für unschlüssig.

³⁾ S. 319 Anm. 12. Außer Fbg Ü, Flm und Dssh hat Welti die Handfesten von Thun, Erlach, Aarberg, Illingen, Büren und Burgdorf in den Kreis seiner Untersuchung gezogen.

einen willkommenen Anhaltspunkt für die zeitliche Orientierung auch der Freiburger Vorlage.

Damit ist die Problemstellung, soweit sie außerhalb unmittelbarer Betrachtung des Rechtsdenkmales gelegen ist, gegeben. Zum vollen Verständnis von Brs ist es aber wünschenswert, daß der Stadtgründungsvorgang und die Breisacher Hoheitsverhältnisse bis auf Rudolf I. noch kurz gestreift werden.

Für die Stadtgründung hat Gothein¹⁾ die wesentlichen Linien vornehmlich an Hand des Vertrags zwischen dem Basler Bischof und dem Staufer Heinrich VI. von 1185²⁾ bereits klargelegt. Der Fronhof des Bistums Basel muß kurz vor der Mitte des 12. Jahrh. zur villa erweitert worden sein.³⁾ Ob diese Anlage, wie Gothein will, schon einen Markt umfaßte, bleibt ungewiß, ebenso, ob sie bereits auf dem Basaltblocke am Rheine lag, der die spätere Altstadt Breisach trug, oder nicht vielmehr, wie der Fronhof selbst, zu Füßen desselben. Die großzügige Ausgestaltung, die Heinrich VI. im Basler Vertrag von 1185 der Breisacher Siedelung gab, hat zum Träger der Veste den Eckartsberg, für den Markt den eigentlichen Breisachberg ausersehen. In die Zwecke der Neugründung wurde der bischöfliche Fronhof von vornherein miteinbezogen und nebst den beiden Felskuppen (Eckartsberg und Breisachberg) dem Könige hälftig zu Lehen eingeräumt.

Die Gründung sollte zu halbem Besitzanteil beider Parteien, jedoch gesamthänderischer Verwaltung und Verfügung, sowie zu halbem Anteil eines jeden an den Einkünften erfolgen. Ausgeschieden blieb der auf dem Breisachberg gelegene Hof der Üsenberger, ein offenbar außerhalb der Basler Grundherrenrechte stehendes Allod des benachbarten Freiherrngeschlechts.⁴⁾ Die Regelung der Lehensfolge, in der sich vielleicht bereits die weitgehenden dynastischen Pläne des Staufers ankündigen, weist den Platz unter Übergehung des Trägers der Krone einem nachgeborenen Sohne zu. Nicht Reichsgut also, sondern staufisches Hausgut sollte Breisach werden, ein Brückenkopf vom staufischen Elsaß zum schwäbischen Stammlande und eine ständige

¹⁾ Wirtschaftsgesch. d. Schwarzw. 107 ff.

²⁾ Text bei Trouillat, Monuments de l'histoire de l'ancien évêché de Bâle 1 nr. 260.

³⁾ Papst Eugen III. bestätigt 1146 dem Hochstift Basel seine Besitzungen, darunter „villam Brisachum, que in proprietate Bas. ecclesie noviter edificata est, cum immunitate et omnibus pertinentiis suis“. Trouillat a. a. O. 1 nr. 194. Die Bestätigungsbulle Innozenz' II. von 1139 nennt „Curtim de Brisache cum ecclesia“; ebd. 1 nr. 182.

⁴⁾ Gothein a. a. O. 108 Anm. 5 denkt in erster Linie an den Üsenberg selbst, einen rheinabwärts gelegenen Fels, welcher der Erosion des Flusses zum Opfer gefallen ist. Doch wird der Üsenberger Hof auch später noch (1212) als in der Stadt gelegen erwähnt. Dort befand sich nämlich Kaiser Otto IV., als die Erhebung der Bürgerschaft ihn samt seinem Kriegsgefolge aus der Stadt verjagte und er zum (wirklichen) Üsenberg entkam. Richeri Gesta Senon. eccl. 3, 13 — MGH. Ss. (fol.) 25, 293.

Bedrohung der Zähringer, seit Heinrichs des Löwen Sturz der gefährlichsten Rivalen.¹⁾

Die Sätze, die sich mit der Befestigung des Eckartsberges, der Errichtung einer Königsburg daselbst und ihrer Besetzung mit einem Basler Ministerialen befassen, können hier unerörtert bleiben.

Für die Marktgründung auf dem Breisachberg will die Urkunde von 1185 nicht etwa ein Gründungsstatut geben; sie enthält lediglich in zwei Sätzen Bindungen des Königs dem Bischof gegenüber. Der erste lautet: „Nulli in monte illo (Brysach) assignabimus mansionem, nisi mercatus officium voluerit exercere.“ Das bedeutet: der Marktgründer weist den Siedlern die Wohnstätten am Markte zu und gibt sich darin als der unmittelbare Schöpfer der eigentlichen Marktanlage zu erkennen. Da nur mercatores zur Ansiedlung zugelassen werden, tritt in Breisach die Marktgemeinde von vornherein mit berufsständisch-örtlicher Ausschließlichkeit ins Leben. Wenn Gothein²⁾ darin eine Übertragung des Freiburger Wohnverbots für Ministerialen erblickt, so trifft dies nur bedingt zu, insofern nämlich, als Markt und Veste zu Breisach zunächst getrennt gehalten wurden. Im übrigen verfolgen aber beide Bestimmungen getrennte Ziele. Die Freiburger ist ein feierliches Versprechen an die Kaufmannsgemeinde, ein Verfassungsgrundsatz, die Breisacher bezweckt lediglich eine Sicherung des Bischofs, sei es gegen arglistige Abwanderung seiner Eigleute, sei es gegen ihm unwillkommene strategische Maßnahmen des Königs, und verpflichtete nur jenem gegenüber.

Die Austeilung der Hofstätten erfolgte übrigens zu Gründerleihe. Den im Stadtrecht von 1275 (art. 9) erwähnten Zweischillingszins erweist eine Breisacher Zinsrolle des 14. Jahrh. als Hofstattleihezens.³⁾

An der Spitze der Marktgemeinde steht der marktherrliche Immunitätsrichter.⁴⁾ Ihn nennt der zweite der beiden Sätze der Urkunde: „Nullus ibidem instituetur scultetus absque pari utriusque nostrum voluntate.“ Damit erhält die Marktgemeinde ihren Platz in der öffentlichen Gerichtsverfassung.

Verneinen möchte ich die Frage, ob an eine alsbaldige Marktummauerung zu denken ist. Erfolgte die Belehnung „eo modo, quod nos et idem episcopus Brysach pariter munimus et tenebimus communiter“, so mag dies sich sehr wohl auf die Befestigung des Eckartsberges bezogen haben.

Soviel über den Vertrag des Jahres 1185.

Ungeklärt bleibt z. T., welches Schicksal die Hoheitsrechte

¹⁾ Über die politischen Ziele der Gründung vgl. Heyck a. a. O. 414 f., auch Toeche, Kaiser Heinrich VI. 21 Anm. 1.

²⁾ a. a. O. 109, 186.

³⁾ Vgl. Gothein a. a. O. 167 u. Anm. 5 das. Irrig in diesem Punkte Merk, Oberrhein. Stadtr. II H. 3 (Neuenburg a. Rh.) XXXVII.

⁴⁾ Über das Breisacher Schultheißenamt vgl. Gothein a. a. O. 114 f., Niese, Verw. d. Reichsg. 175.

über die Stadt in der Folgezeit erfuhren. Mir scheint aber, daß die Klage des Basler Koadjutors bei König Richard (1262): der Breisachberg gehöre freiegen der Basler Kirche, sei ihr aber von gewissen Vorgängern des Königs, Kaisern und Königen, eine Zeitlang entfremdet worden¹⁾, sich hauptsächlich auf den Stadtgründer Heinrich VI. selbst und auf König Philipp bezieht. Als nach Heinrichs Tod Philipp von Schwaben gezwungen war, von Herzog Bertold V. von Zähringen den Verzicht auf die Thronkandidatur im Vergleichswege zu erlangen, verpflichtete er sich, entweder die Veste Breisach zu schleifen oder sie um 3000 Mark an den Zähringer zu verpfänden.²⁾ Eine solche Veräußerung der Stadt lief freilich den Abmachungen des Basler Vertrags von 1185 stracks zuwider. Man vernimmt denn auch nichts von einer Zustimmung des Hochstifts; sie wurde wohl überhaupt nicht nachgesucht. Wohl aber sehen wir, nachdem es zur Ausführung der Verpfändung gekommen sein muß, den Herzog von Zähringen in der Burg nach seinen Interessen schalten, vor allem sie mit noch verstärktem Mauer-schutz versehen.³⁾ Vom Basler Kondominium scheint in der Tat kaum noch der bloße Rechtstitel verblieben zu sein.

Sehr wahrscheinlich hat der Zähringer bis zu seinem Tode (1218) die Stadt pfandweise besessen. Wohl wird berichtet, Kaiser Otto IV. habe — im Kampfe mit den Staufern — den Platz 1212 in seiner Gewalt gehabt⁴⁾, allein nichts berechtigt, hier an einen Wechsel der Stadtherrschaft zu denken. Mit welchem Rechte hätte der Kaiser auch die staufische Burg, die Basler Lehen war, für sich beanspruchen können? Zudem macht das Verhalten der Bürgerschaft, die infolge Ausschreitungen der einquartierten Waffenmacht den Kaiser samt seinem Anhang überfiel und schimpflich verjagte⁵⁾, es nicht gerade wahrscheinlich, daß die Stadt damals Reichsstadt gewesen wäre. Schließlich ist es doch wohl kein Zufall, daß der staufische Thronerbe Friedrich II. erst nach des Zähringers Tode, nämlich am 12. September 1218, dem Hochstift seine Hoheitsrechte an der Stadt verbriefte.⁶⁾

Von da ab ist die Stadt wieder bei den Staufern, bei denen sie bis zu ihrem Aussterben verblieb. Dann trat gemäß einem von der Bürgerschaft schon 1250 ausgestellten Revers⁷⁾ das Basler Hochstift wieder in seine ursprünglichen Rechte ein; die Stadt huldigte den Bischöfen und empfing 1255 und 1264 darüber Bestätigungs- und Frei-

¹⁾ Text bei Trouillat a. a. O. 2 nr. 88.

²⁾ Annales Marbac. ad a. 1198; vgl. Heyck a. a. O. 448.

³⁾ Ebd. 451.

⁴⁾ Chron. Urspr. ad a. 1212; vgl. Heyck a. a. O. 466 Anm. 1391, der indes eher an eine Pfandlösung seitens Ottos IV. denkt, ohne (a. a. O. 472 Anm. 1412) die naheliegende Deutung, daß Otto als Bertolds Gast in Breisach weilte, von der Hand zu weisen.

⁵⁾ Vgl. Heyck a. a. O. 472 f.

⁶⁾ So schon Heyck a. a. O. 452; Text bei Trouillat a. a. O. 1 nr. 313; dazu Heyck a. a. O. 451 Anm. 1348.

⁷⁾ Text bei Trouillat a. a. O. 2 nr. 404.

heitsbriefe.¹⁾ König Richard erkannte 1262 das Recht des Bistums an.²⁾ Dagegen machte der damalige Landgraf im Oberelsaß, Rudolf von Habsburg, die Stadt wiederholt dem Bischof streitig.³⁾ Nach seiner Königswahl zog er sie ans Reich und verlieh der Bürgerschaft 1275 den Freiheitsbrief über ihr Stadtrecht.

§ 1. Die Handfeste Rudolfs I. von 1275 und ihre Vorlage.

I. Die Handfeste Rudolfs I. vom 25. August 1275 ist die älteste erhaltene Aufzeichnung des Breisacher Stadtrechts.⁴⁾ Zwar ist sie nicht im Original auf uns gekommen, doch besitzen wir Schöpflins Abdruck „ex autographo“⁵⁾; außerdem bewahrt das Stadtarchiv Breisach ein Vidimus des kaiserlichen Notars Klärner von Oberndorf vom 28. Oktober 1421⁶⁾, von dem der genannte Abdruck mehrfach abweicht, so daß ihm wohl selbständiger Textwert zukommt.

Über das Zustandekommen von Brs fehlen Berichte. Urkundlicher Charakter und Inhalt der Rechtsaufzeichnung müssen ergeben, ob Urtext, ob unveränderte oder veränderte Bestätigung vorliegt. Folgendes scheint mir festzustehen:

1. Am Schlusse enthält Brs einen Zusatz, der sich durch ein „Preteria“ als solcher einführt: die Verleihung der Lehensfähigkeit an die Bürger (art. 22). Dieser Artikel ist ohne Zweifel rudolfinisch.⁷⁾ An die Verleihung der Lehensfähigkeit schließt sich, unmittelbar vor dem Eschatokoll, die Anerkennung der städtischen Rechtsgewohnheiten „iure imperii in omnibus supradictis excepto“. Wahrscheinlich ist diese mit „Item“ eingeleitete Bestimmung ebenfalls rudolfinischer Zusatz; kehrt sie ähnlich doch auch in anderen Privilegien Rudolfs I. wieder.⁸⁾ Ganz auszuschließen ist die Möglichkeit freilich nicht, daß hier ein ursprünglicher Schlußsatz von Rudolf I. übernommen wurde; dergleichen Vergünstigungen finden sich

¹⁾ Ungedr. Or. im St. Arch. Breis.

²⁾ Text bei Trouillat a. a. O. 2 nr. 88.

³⁾ Kolmarer Chronik; die Stelle abgedr. bei Trouillat a. a. O. 2 nr. 101.

⁴⁾ Text nach Schöpflins Druck bei Gengler, D. Stadtr. 42 und Cod. iur. munic. Germ. 1, 308 b n. 1.

⁵⁾ Hist. Zaringo-Bad. 5, 257.

⁶⁾ Ungedr. Or. im St. Arch. Breis. Ein zweites Breis. Vidimus desselben Notars vom 30. Januar 1422 erwähnt Poinsignon, Mitteil. d. B. H. K. 11 (ZGO. NF. 4) 5. Albrecht, Rappoltstein. UB. 1, 108 f. erwähnt eine zu Breisach befindliche moderne, von Dambacher unterm 2. August 1862 beglaubigte Abschrift des Privilegs. Beide sind z. Zt. im St. Arch. Breis. nicht auffindbar, doch ist, wie mir Herr Münsterpfarrer Prof. Dr. Trenkle in Breis. frdl. mitteilt, bei der nach Kriegsende abzuschließenden Neuordnung des Archivs deren Ermittlung zu erhoffen.

⁷⁾ Rudolf I. hat fast unmittelbar vor der Breisacher Handfeste auch den Bürgern von Mülhausen i. Els. die Lehensfähigkeit verliehen. Reg. imp. VI 116 nr. 414.

⁸⁾ Vgl. etwa v. Schwind-Dopsch, Urkk. nr. 55 (Wiener Münzgen. 1277), Gengler, D. Stadtr. nr. 81 (Eger 1279), ebd. nr. 241 (Nordhausen 1290).

ja schon früher, so in den Privilegien Friedrichs I. für Köln von 1180¹⁾ und Lübeck von 1188 (art. 18).²⁾

Die vorausgehenden Rechtssätze (art. 1 — 21) stellen eine ältere Rechtsaufzeichnung dar, welche vom König lediglich bestätigt wurde. Daher fehlen hier alle charakteristischen Vergünstigungen Rudolfs I.³⁾, insbesondere das Privilegium de non evocando⁴⁾, das Verbot auswärtiger Ächtung von Bürgern⁵⁾, das Verbot des Grunderwerbs durch Ritter, Mönche oder Klöster⁶⁾ und das Versprechen, die Stadt dem Reiche nicht zu entfremden.⁷⁾

2. Auch vom Sprachgebrauche rudolfinischer Privilegien weicht Brs ab. Die Pönformel lautet: „Statuentes, ut nulla persona humilis vel alta his nostris statutis obviare praesumat.“ Mit geringen Abweichungen und meist gebähten Antithesen findet sich diese Formulierung in zahllosen Urkunden der Staufer wieder. Es genügt für die Zeit nach 1185, Heinrich VI. und Friedrich II. zu nennen.⁸⁾ Ganz selten unter dem letztgenannten Herrscher, aber zahlreich schon unter seinem Sohne Heinrich (VII.) stellen sich neue Wendungen ein⁹⁾, deren einige¹⁰⁾ bereits zu jener typisch rudolfinischen Pönformel überleiten, die mit einem „Nulli (ergo omnino) hominum liceat“ anhebt und aus den meisten seiner Privilegien bekannt ist.¹¹⁾ Aber auch die

¹⁾ Lacomblet, Niederrh. UB. I 335; bei Schneider, Die deutschen Städtepriv. d. Hohenst. Kaiser Friedrich I. u. Heinrich VI. (Leipz. Diss. 1883) 47 f., zu eng ausgelegt.

²⁾ Keutgen, Urkk. 185.

³⁾ Diese sind für das dem Breisgau stammverwandte oberschwäbische Gebiet von K. O. Müller, Oberschwäb. Reichsstädte 18 ff. zusammengestellt. Freilich sind einige bereits unter den Staufern heimisch, so der Satz „Luft macht frei“ und, z. T. noch älteren Ursprungs, die Wochenmarktsverleihungen. Außer Betracht bleiben können, weil vereinzelt, die Pfändungsprivilegien und die Einschränkungen des Erbrechts.

⁴⁾ Vgl. Müller a. a. O. 19 f. ⁵⁾ Ebd. 22. ⁶⁾ Ebd. 26 f.

⁷⁾ Ebd. 23 f.

⁸⁾ Beispiele Böhmer-Ficker, Act. imp. sel. nr. 170, 171, 177, 179, 180, 183, 184, 189, 190, 191, 193, 196, 199, 200, 201, 204, 206, 207, 208, 209, 210 (Heinr. VI.); 263, 282, 285, 307, 312, 313 (Friedr. II.); Muratori, Ant. Ital. 4 p. 232, 466 f., 470 (Heinr. VI.); Zeumer, Quell. nr. 37, 38, 52 u. v. Schwind-Dopsch, Urkk. nr. 35 u. 36 (Friedr. II.). Vgl. auch Böhmer-Ficker a. a. O. nr. 330 (Heinr. VII.).

⁹⁾ Beispiele Böhmer-Ficker a. a. O. nr. 317, 322, 328, 329, 332 (Heinr. VII.) u. 340 (Konr. IV.); dazu die folg. Anm.

¹⁰⁾ Vgl. Böhmer-Ficker a. a. O. nr. 260 (Friedr. II.): „precipientes, ut nulli unquam persone, alte vel humili, eccles. vel seculari, licitum sit huic ... pagine contradicere seu ... obviare“. Ebd. nr. 333 (Heinr. VII.): „Nulli ergo omnino vestrum vel cuiquam hominum licet hanc paginam infringere ...“

¹¹⁾ Beispiele Böhmer-Ficker a. a. O. nr. 390, 392, 400, 401, 410, 433, 434; v. Schwind-Dopsch a. a. O. nr. 53, 55, 57, 67, 68; Gengler, D. Stadtr. nr. 81, 241, Wirttemb. UB. VII nr. 2403, 2458, 2560, 2566; VIII nr. 2810, 3078, 3157, 3244; IX nr. 3498, 3499, 3782, ferner die rudolfin. Urkundenformulare Baumgartenb. Formelb. (ed. Baerwald, Font. rer. Austr. 2, 25) D nr. 4, 45, 47; Cod. epist. Rud. I. (ed. Bodmann) 1 nr. 104 u. VI; 2 nr. 42. Verwandt damit Wirttemb. UB. VII nr. 2515: „... statuentes ...“

davon abweichenden Formulierungen Rudolfs I. sind selbständig und bedeuten mit ganz verschwindenden Ausnahmen keine Rückkehr zur älteren staufischen Formel.¹⁾

3. Weniger entscheidend, immerhin nicht ganz zu übersehen ist, daß auch die rhythmischen Gesetze des *Cursus* außer acht gelassen sind. Hatte dieser vereinzelt schon unter Heinrich VI., allgemeiner aber erst unter Friedrich II. Eingang in die Reichskanzlei gefunden, so ist er dort jedenfalls im letzten Viertel des 13. Jahrh. feststehend (des Gesetz.²⁾ In Brs verstößen aber, wenn man von den (rhythmisch korrekten) art. 22 und 23, Zeugen- und Datumsvermerk sowie Signumformel absieht, im Satzschluß mehr als die Hälfte aller Sätze, nämlich 20 von 39, gegen den *Cursus*. Dem schon unter Friedrich II. für die Satzschlüsse vorherrschend gewordenen *Cursus velox* gehorchen nur 9 Sätze, 6 folgen dem *C. planus*, 2 dem *C. tardus*; bei 3 bildet das schließende Wort einen spondeischen Vielsilber.

4. Scheidet die Kanzlei Rudolfs I. als Urheber von Brs aus, so findet auch ein eigentümlicher Hörfehler, den Schöpflin sowohl wie das *Vidimus* Klärrers enthalten, seine zwanglose Erklärung. In den Artikeln über Zollfreiheit (18) und Geleit (19) im ganzen Reiche lesen nämlich beide für „regni“ fehlerhaft „Reni“, und offenbar nicht aus Flüchtigkeit. Dem Notar fiel das Sinnwidrige dieser Lesart auf; denn ersten Orts schwankt er zwischen R und r, letztern Orts aber liest er, eine Lücke im Text vermutend, für „*Infra Rheni nostri terminos*“ (so Schöpflin) „*Infra Reni nostri et (...) terminos*“. Das fehlerhafte „Reni“ muß also bereits in der Handfeste gestanden haben, in die es nur durch unscharfes Diktat nach einer Vorlage gelangt sein kann.

quod nulli ecclesiastice secularive persone hanc . . . gratiam liceat infringere aut contraire.“

¹⁾ Selbständige Fassung bietet etwa Baumgartenb. Formelb. C nr. 5: „*inhibentes, ne quisquam hominum, cuiusquam condicionis aut status existat, ipsos . . . molestare presumat . . .*“ Ähnlich Böhmer-Ficker a. a. O. nr. 391; ebd. nr. 399: „*Nullus ergo omnino hominum hanc . . . pag. audeat infringere*“; nr. 426: „*Mandantes vobis . . ., ne quis vestrum ipsos . . . audeat aliq. molestare*“; ähnlich nr. 484, ferner im Text eines königl. Mandats nr. 412. Ferner Wirttemb. UB. VII nr. 2449, 2544; VIII nr. 3075, 3154. Vgl. auch Cod. epist. Rud. I. (ed. Bodmann) 1 nr. 89; 2 nr. 40, 43 u. 49. Bezeichnenderweise findet sich in dem rudolfin. Formelschatz die staufische Pönformel nur in nachweisbar staufischen Stücken: Baumgartenb. Formelb. (ed. Baerwald) C nr. 2 (Friedr. II. f. Neapel); 42 (Friedr. II. f. d. Wiener Schottenkloster); D nr. 24 (Stat. in fav. princ. v. 1232). Vgl. auch C nr. 43 (Friedr. II.).

Die ganz vereinzelt Urkk. mit einer der staufischen nahestehenden Pönformel erklären sich vielleicht aus der unmittelbaren Einwirkung staufischer Vorlagen. So Wirttemb. UB. VII nr. 2372: „*Inhibemus itaque firmiter et districto, ne ulla persona alta vel humilis, eccles. vel mundana predictam ecclesiam . . . aggravet . . . vel molestet*“ (1273, Dez. 13/16); ebd. nr. 2414: „*statuentes . . . et volentes, ut nulla cuiuscumque condicionis persona alta vel humilis, eccles. vel secularis, hanc nostram concessionem . . . audeat infringere vel ei ausu temerario contraire*“ (1274, Apr. 16).

²⁾ Vgl. Breßlau, Handb. d. Urkundenl. 2, 1² S. 370. Dazu 366 ff.

5. Diese Vorlage bildete nicht etwa ein Empfängerkonzept der Bürgerschaft, das Rudolf I. unter Beifügung der art. 22 und 23 seiner Handfeste zugrunde gelegt hätte. Niemals wären die beiden wichtigen Verbriefungen der Basler Bischöfe von 1255 und 1264¹⁾, daß

a) im Umkreis einer Meile keine Burg gebaut werden dürfe,

b) der Stadt gegen ihren Willen keine Steuer aufzuerlegen sei, von den Bürgern schweigend übergangen worden. Vielmehr muß der König eine Vorlage benutzt haben, die zeitlich vor jenen Verbriefungen, also vor 1255 lag.

6. In diesem Ergebnis bestärken mich zwei weitere Erwägungen aus dem Breisacher Gesichtskreise.

a) Schon 1264 führen die Zwölf, die den Freiburger Vierundzwanzig entsprechen, in einer öffentlichen Urkunde der Stadt den Titel *consules*.²⁾ Das Stadtrecht aber nennt, obwohl es (art. 9) den Rat der Zwölf *ex professo* behandelt, weder *consules* noch einen ähnlichen Titel.

b) Auch die Auswahl der benutzten Freiburger Vorlagen weist nicht ins Jahr 1275, sondern in eine sehr viel frühere Zeit. Ganz zu schweigen vom deutschen Freiburger Texte von 1275: auch Rd ist nicht benützt, Bgt aber wenigstens als Gesamtaufzeichnung dem Breisacher Gesetzgeber noch unbekannt. Näheres unten § 3.

Aus diesen Gründen komme ich zu dem Ergebnis: Brs zerfällt in

a) das älteste Stadtrecht: (Brs I) Eingang, art. 1—21, Pönformel und Siegelungsvermerk;

b) die rudolfinischen Teile: (Brs II) art. 22, vermutlich auch art. 23, ferner Datum und Signumformel.

II. Die nächste Frage ist, ob Brs I auf bürgerliche oder bischöfliche Rechtsaufzeichnung, ob auf herzoglichen oder königlichen Freibrief zurückgeht.

Nur letzteres trifft zu. Königliche Urheberschaft spricht aus der Verfügung über Regalien: über Zoll, Geleite, Hafenrecht und das Stromrecht der Grundruhr. Sie ergibt sich weiter aus der Stellung des Schultheißen, der den Stadtherrn selbst im Huldeverlustverfahren zu vertreten hat, und entsprechend aus der Bußenteilung bei Huldeverlust (Näheres unten § 2). Daß die Stadt königliche Freijung genoß, ist auch außerhalb des Stadtrechts nicht ohne jede Spur geblieben. Sie kommt in Ton und Fassung der bischöflichen Privilegien von 1255 und 1264 zum Ausdruck, wenn die Bischöfe nicht etwa das alte Breisacher Recht aus eigener Machtvollkommenheit bestätigen, sondern bescheidentlich geloben, es selbst nicht anzutasten und die Bürger darin

¹⁾ Vgl. oben S. 324 Anm. 1.

²⁾ Text bei Trouillat a. a. O. 2 S. 142: „*Sculdetus, consules et universitas civium*“ erkennen die Basler Hobeitsrechte an und beurkunden den erfolgten Huldeshwur.

auch gegen dritte nach Kräften zu schützen.¹⁾ Daß der bischöfliche Stadtherr damit wirkliche Freiungen anerkannte, das ergibt sich aus dem Revers der Bürgerschaft von 1264, der ja das unmittelbare Gegenstück zum bischöflichen Freibriefe bildet, und in dem sich die Stadt die Unantastbarkeit ihrer Privilegien vorbehält.²⁾

Scheiden somit die Bischöfe von Basel, aber auch Herzog Bertold V. von Zähringen als Urheber von Brs I aus, so bleibt für dessen Entstehung nur der Spielraum von 1185—1198/99 und von 1218—1254 bestehen.

Innerhalb dieses Spielraumes deutet nun eine Reihe gewichtiger Anhaltspunkte auf die Urheberschaft Heinrichs VI. selbst.

1. Ihm wird die Freieung des Orts mit Siedlungsprivilegien ausdrücklich zugeschrieben. Die *Continuatio* zu den *Gesta Friderici* Ottos von Freising sagt von ihm: er habe die Burg Breisach zu einer Zuflucht der Armen, gleichsam als Asyl der Barmherzigkeit gegründet und alle dorthin Flüchtenden mit königlicher Macht vor der Gewalt jeglichen Unrechts zu schützen sich bemüht.³⁾ Wohnt diesen Worten geschichtliche Wirklichkeit inne — und über räumlich so naheliegende Vorgänge mußte der Mönch von St. Blasien wohl unterrichtet sein —, so können sie sich nur auf die 1185 erfolgte Errichtung des Marktes und die diesem verliehene Verfassung beziehen. Sie setzen also eine Verfassungsurkunde voraus, die den Schutz persönlich abhängiger Leute vor Behelligung durch rücksichtslose Herren gewährleistete. Vergebens wird man im Basler Vertrag (s. Einleitung) derartige Bestimmungen suchen. Wohl aber bietet sie Brs I, wenn es verfügt,

a) daß Mann und Frau für den Eheschluß als Genossen zu gelten haben (art. 7);

b) daß Frauen wie Männern der (unverkürzte) Eintritt ins elterliche Erbe offen stehen soll (art. 7);

c) daß Hörige nur im Rechtswege zurückgefordert werden dürfen und Stadtluft binnen Jahresfrist freimache (art. 20).

Daß zwischen diesen Verfassungssätzen und dem Zeugnis des Chronisten Deckung besteht, ist nicht zu bestreiten. Zweifel können nur

¹⁾ Die Stelle lautet in beiden (S. 324 Anm. 1 zit.) Urkk. übereinstimmend: „promittimus et praesentibus [scil. literis] protestamur, quod omnia iura ipsorum, quorum libertate et tuitione hactenus usi sunt intus et extra, pro parte nostra salva conservabimus et illesa et, ne ab aliqua persona alta vel humili eisdem aliquatenus derogetur, nos et nostra toto nisu totisque viribus promittimus exponendos.“

²⁾ „Promittentes nos ipsi [scil. episcopo] suisque successoribus . . . firmiter adhesuros et . . . parituros et ad id nos et successores nostros . . . astringentes, omnibus libertatibus nobis hactenus competentibus et a memorato domino nostro [scil. ep.] nobis privilegiorum suorum munimine roboratis in omnibus et per omnia nobis salvis.“ Trouillat a. a. O. 2, 142.

³⁾ Ottonis Frising. *Gest. Frider. I.* VII Contin. I (MGH. Ss. 20, 276): „Postea vero idem rex H. castrum quodam Brisagaugia, Bresacum dictum, in refugium pauperum velut misericordiae asylum coepit aedificare cunctosque confugientes illuc a totius iniustitiae (violentiae [!]) violentia regali potentia studuit defensare.“

darüber herrschen, ob notwendig alle drei Sätze auf den Stadtgründer zurückzuführen sind.

Ohne Bedenken wird man es für die beiden Sätze des art. 7 bejahen: sie stehen untereinander in jenem unmittelbaren textlichen und inhaltlichen Zusammenhange, wie er auch sonst in Quellen dieser Zeit, deren Einfluß möglich ist, begegnet. Das bekannte Privileg von 1184, das Friedrich I. mit Wissen und Willen des damaligen römischen Königs Heinrichs VI. den Bürgern von Worms verlieh, verfügt ja ebenfalls einerseits den Ausschluß des Buteils, wodurch der ungeschmälerte Erbgang der Leibeserben gesichert wurde, und bestimmt anderseits, daß kein Vogt die Ehe eines Wormser Bürgers, möge er nun eine Frau seiner Genossame oder einer fremden gehehlicht haben oder mit ihr vermählt zugezogen sein, zu trennen befugt sei.¹⁾ Beide Bestimmungen gehören ferner zu den Gründerfreiheiten des Stadtrechts von Dieburg, die wohl schon Mitte des 12. Jahrh. verliehen²⁾, danach in der Intitulatio spätestens 1194/98 aufgezeichnet sind.

Zweifelhaft könnte sein, ob auch der Satz „Luft macht frei“ ursprünglich ist. Denn im Grunde bedurfte es, wo dieser galt, einer besonderen Bestimmung gegen Ehezwang und Fallrecht ja nicht mehr. Trotzdem wurden tatsächlich diese Bestimmungen miteinander verbunden, u. zw. nicht nur im 12. Jahrh. — wofür das Stadtrecht von Dieburg ein klassisches Beispiel ist —, sondern auch noch im 13. Jahrh.³⁾ Der Satz „Luft macht frei“ war offenbar weder so folgerichtig durchgedacht noch so allgemein anerkannt, daß er die Anführung der Freie von Fall und Ehezwang sofort entbehrlich gemacht hätte.

Dazu kommt nun aber, daß gerade der aus Freiburg übernommene Satz „Luft macht frei“ in Brs eine Fassung aufweist, die so nur aus einer Freiburger Vorlage der zweiten Hälfte des 12. Jahrh.⁴⁾ dorthin gelangt sein kann (s. § 3).

Vielleicht überrascht es, in Brs (art. 20) die allgemeine Siedlungsfreiheit ausgesprochen zu finden. Hatte doch der Stadtgründer

¹⁾ Text bei Keutgen, Urkk. 17 f.

²⁾ Vgl. Brunner, Luft macht frei 8 u. Anm. 11 das. Text des Dieb. tadr. bei Keutgen a. a. O. 137.

³⁾ Vgl. den von Brunner a. a. O. 26 angeführten Satz aus dem Stadtr. von Ferté-Milon (1259): „die et anno elapsis remaneat liber et immunis a forismaritagio“.

⁴⁾ Das Erfordernis der Aufnahme in die Stadt (kommunale Fassung des Satzes „Luft macht frei“, vgl. Brunner a. a. O. 14) ist auch in Deutschland schon im 12. Jh. bezeugt. Nach Heinr. VI. Priv. für das Kloster Steingaden von 1189 konnten die Eigenleute des Klosters, wenn sie abgewandert und „in civitatem vel burgum . . . recepti“ waren, trotz der in manchen derselben geltenden Privilegien (Luft macht frei) vom Kloster zurückgeholt werden. Auf diese Urk. hat E. Mayer, Franz. VG. 2, 275 Anm. 25 hingewiesen; danach Brunner a. a. O. 8. Hierher gehört auch die Keure von Gent von 1192: „Si quis extraneus ad oppidum confugerit et scabinatui stare voluerit, oppidum recipiet eum et tenebit per annum et diem.“ Nach Umfluß dieser Frist war er frei. Vgl. Brunner a. a. O. 19 und Anm. 5 das.

1185 geurkundet, daß er nur *mercatores* in die neue Gründung aufnehmen wolle (s. oben Vorbemerkungen). Bedeutet das Stadtrecht ein Abweichen von diesem Satze? Ich glaube nicht. Jene Zusicherung des Stadtgründers an den Bischof sollte ja nur gewährleisten, daß auf dem Breisachberge ein Markt, und nicht etwa eine zweite Veste erwüchse. Das Stadtrecht aber setzt die Einhaltung dieses Versprechens geradezu voraus, wenn es dem Bevölkerungszuwachs des bereits bestehenden Marktes durch die Verheißung bürgerlicher Freiheit die verfassungsmäßige Grundlage gibt.¹⁾ Nur das eine darf man — wie mir scheint — aus der Fassung der Breisacher Artikel 7 und 20 erschließen: daß Brs I erst der bereits ins Leben getretenen Gründung verliehen worden ist. Im übrigen aber sprechen chronikalisches Zeugnis und textkritische Beurteilung übereinstimmend für Heinrichs VI. Urheberschaft an Brs art. 7 und 20.

Die nächste Frage ist, ob nun auch die übrigen Teile des Stadtrechts Heinrich VI. zugeschrieben werden dürfen. Nur dann wird des Staufers Urheberschaft als feststehend gelten können, wenn für eine Reihe von Sätzen zeitlich bestimmte Anhaltspunkte vorliegen, bei den übrigen mindestens nichts gegen deren so frühe Datierung spricht.

2. In letzterer Hinsicht ist es eigentlich nur die Ratsgewalt der Zwölf (art. 9), die Bedenken erwecken könnte. In ihrer Freieung vom Hofstattzins als Amtsvergütung folgt Brs durchaus dem Freiburger Vorbilde (s. § 3). Darüber hinaus aber steht die Breisacher Behörde der eigentlichen Ratsverfassung wesentlich näher, als die Vierundzwanzig zu Freiburg. Diese sind auf Lebenszeit bestellt und ergänzen sich durch Kooptation. Ihr Initiativrecht zur Errichtung von Einungen ist noch im Rd lediglich auf Gewerbeangelegenheiten (*vinum, panem et carnes et alia*) eingestellt; die verpflichtende Kraft solcher Verordnungen beruht auf dem Einungsschwur der betreffenden Gewerbe.²⁾ Die Breisacher Zwölf dagegen gehen aus jährlicher Wahl hervor.³⁾ Ihr Verordnungsrecht findet seine Grenze einzig im pflichtgetreuen Ermessen, was der Stadt fromme; die bindende Wirkung ihrer Erlasse aber ruht unmittelbar auf der Übertragung der Verordnungsgewalt seitens des Stadtherrn.

So weitgehende Freiheiten sind fürs 12. Jahrh. gewiß nicht die Regel. Unmöglich sind sie aber keineswegs und gerade am Rheine auch im Zusammenhange mit der Person Heinrichs VI. überliefert. Denn außer der Zwölfzahl finden sich auch bürgerliche Wahl und

¹⁾ Nicht ausgeschlossen ist hierbei eine gegen das zähringische Hinterland gerichtete Tendenz. In Italien jedenfalls diente, worauf Brunner a. a. O. 31 hinweist, der Satz „Luft macht frei“ vielfach als politisches Kampfmittel. Vgl. Pertile, *Storia del dir. ital.* III 1, 2¹ S. 86. Unter den dort aufgeführten Belegen gehört der Vertrag zwischen Orvieto und Acquapendente noch dem 12. Jh. an.

²⁾ Vgl. meine (S. 319 Anm. 8 zit.) Untersuchungen 30f. 131f.

³⁾ Daß Brs 9 jährlichen Wahlakt der Bürgerschaft meint, ergibt

grundsätzlich unbeschränkte Verordnungsgewalt des Ratskollegiums in der Urkunde von 1198 wieder, worin Philipp von Schwaben als Willensvollstrecker Heinrichs VI. den Bürgern von Speyer u. a. die Einsetzung des Rates verbietet.¹⁾

3. Das Weichbildstrafrecht von Brs I gehört dem 12. Jahrh. an. S. § 2.

4. Ebenso verweist — wie erwähnt — der Vergleich der übrigen dem Freiburger Recht entliehenen Sätze mit ihrem Vorbilde (s. § 3) die Breisacher Fassung in eine Zeit, da Tb I bereits vorlag, Bgt in seiner Gesamtheit aber noch nicht bestand, d. h. also in die Zeit zwischen 1170 (1178) und den ersten Jahrzehnten des 13. Jahrh.

5. Von den aus der Fülle der Regalgewalt geflossenen Privilegien tragen nur die beiden, die aus der Stromhoheit hergeleitet sind (Hafenrecht und Grundruhr), ein besonderes Gepräge, das zu genauerer Zeitbestimmung eine Handhabe bietet:

a) Der Stadtherr gewährt der Bürgerschaft ein Hafenrecht mit Bannmeile bis Straßburg (art. 17). Das verrät staufische Großzügigkeit, darüber hinaus vielleicht auch ein politisches Ziel: die Abdrängung des zähringischen Besitzes von der Wasserstraße des Rheins, zu der Bertold IV. mit der Gründung von Neuenburg (1171/81) bereits sich Zugang erzwingen hatte.²⁾ Den Willen, Verfügungen über Hafenrechte der königlichen Gewalt vorzubehalten, verrät bereits Friedrich I., wenn er etwa die ursprünglich freie Schifffahrt zu Überlingen dem Grafen von Pfüllendorf verleiht und 1179 erst auf Einspruch der Reichsfürsten wieder freigibt.³⁾

das passive „eligetur“. Man müßte andernfalls Nennung des Wahlberechtigten erwarten. Später freilich wurde, vermutlich zum Schutze der Geschlechterherrschaft, die Wahl in Selbstergänzung gewandelt. Das Breis. Priv. Friedr. d. Sch. v. 1315 (Orig. St. Arch. Breis.) läßt jetzt den „dominus loci“ nach dem Vorschlag von vierein aus dem alten Rate die „Wahl“ vornehmen.

¹⁾ Text bei Keutgen a. a. O. 69 f. Koehne, Urspr. d. Stadtverf. in Worms, Speyer u. Mainz (v. Gierkes Unters. 31) 276 ff. bezieht die Stelle „secundum ordinationem H. fel. mem. imp. aug.“ nicht auf den im Urkunden Eingang genannten Kaiser Heinr. VI., sondern auf Heinr. V. und dessen Priv. v. 1111 (Keutgen a. a. O. 14 f.). Der offenbare Gegensatz zwischen dem dort erwähnten „commune civium consilium“ und der 1198 bewilligten Wahl einer Behörde von XII ex civibus“, damit „eorum consilio civitas gubernetur“, d. h. zwischen Bürgerversammlung es., Behörde as., bedarf indes wohl keiner Erörterung.

²⁾ Über die Gründung Neuenburgs auf Tennenbacher Besitz vgl. Merk a. a. O. p. XI. Während oberhalb von Breisach, bis zum Hochufer von Neuenburg, die Fahrtrinne des Rheins durch Altwasser von den Verkehrswegen des Landes getrennt ist, hat die Strecke längs des Kaiserstuhls günstige Uferverhältnisse. Das Neuenburger Fährmonopol (Stadtr. art. 35) zwischen Breisach und Rheinweiler ist daher offensichtlich der Breisacher Bannmeile nachgebildet. Wenn es 1292 als althergebracht bezeichnet wird, so spricht dies zugleich für das Alter des Breisacher Hafenrechts.

³⁾ Text bei Dümgé, Reg. Bad. 146. Ausdrückl. Wahrung des Hafenregals auch in der Const. Frid. I. a. 1158 (II F. 56).

Der viel ausgesprochenere Monopolcharakter aber, den das Breisacher Hafenrecht durch die Strombannmeile — es sind bis Straßburg etwa 45 km Luftlinie — erhält, findet gerade unter Heinrich VI. ein seltenes Seitenstück von allerdings größerem Ausmaß in dem bekannten Privileg für Pisa von 1192. Der Kaiser verleiht darin den Pisanern u. a. die Meeresküste von Civitavecchia bis Porto Venere (etwa 220 km Luftlinie) mit Schiffbau- und Handelsmonopol unter der ausdrücklichen Bestimmung, daß niemand ohne ihre Bewilligung auf jener Strecke mit Waren landen dürfe.¹⁾

b) Zum Hafenrechte fügt Brs art. 21 die Grundruhr oder, wie es sich ausdrückt, das Recht auf alles, was zwei Meilen oberhalb und eine unterhalb der Stadt rheinfällig war. Nun erging — vielleicht nach italienischem Vorbilde²⁾ — zu Oberrheinheim 1196 jenes Reichsweistum, das die Eigentümerrechte grundrührigen Kaufmannsgutes wahrte, seine Aneignung für rechtswidrig erklärte.³⁾ Friedrich II. hat durch die Constitutio in basilica beati Petri von 1220 diesen Grundsatz auf das an der Meeresküste gestrandete Gut ausgedehnt und ihn unter strengen strafrechtlichen Schutz gestellt.⁴⁾ Das Verbot der Aneignung grundrührigen Gutes hat er zugunsten der Lübecker⁵⁾, Regensburger⁶⁾ und Wiener⁷⁾ ausdrücklich wiederholt; es muß also damals gemeiner Rechtsüberzeugung entsprochen haben. Dann kann aber das Breisacher Rheinfallrecht nicht nach 1196 entstanden sein.

Doch unbedenklich wird man noch einen Schritt weiter gehen dürfen. Sprechen so vielfache Anhaltspunkte dafür, Brs I Heinrich VI. bzw. dem 12. Jahrh. zuzuweisen, und ergeben sich anderseits nirgends durchschlagende Bedenken gegen diese Datierung, so ist es bei der Geschlossenheit der ganzen Rechtsaufzeichnung wohl gerechtfertigt, die aus der Grundruhrverleihung gewonnene untere Zeitgrenze (1196) für den Gesamttext gelten zu lassen.

Ich komme somit für Brs I zum Schlusse:

a) obere Zeitgrenze seiner Entstehung ist die Marktgrün-

¹⁾ Muratori, Ant. Ital. IV 475: „Et concedimus . . . vobis in feudum litus maris — et tantum iuxta hoc, quod libere Pisani in eo facere naves et galeas et exercere suas mercbationes possint — et quod in eo nobis pertinet a Civitavecha usque ad Portum Veneris. Et quod nullus possit in eo vel in faucibus aquarum infra terminum contentis facere portum vel applicare cum mercibus contra voluntatem Pisanorum.“

²⁾ Wenigstens findet sich die Bekämpfung des Strandraubs schon im Privileg des Normannenkönigs Tankred für Gaeta von 1191 (abgedr. bei Toeche, Kaiser Heinr. VI. 608 ff.).

³⁾ Text bei Keutgen a. a. O. 55.

⁴⁾ MGH. Leg. IV Const. imp. et reg. 2 nr. 85, auch bei Perels, Strandedelikte 10. Bei letzterem (S. 43) auch das wenig ältere Gesetz des Fürsten Heinr. Burwin v. Mecklenburg v. gl. Jahre, das den Strandraub als Friedbruch behandelt.

⁵⁾ Priv. v. 1226 art. 14 — Keutgen 187.

⁶⁾ Priv. v. 1230 art. 15 — ebd. 198.

⁷⁾ Priv. v. 1237 art. 9 — ebd. 212.

dung im Jahre 1185, doch so, daß das Stadtrecht wahrscheinlich erst einige Zeit danach verliehen wurde;

b) untere Zeitgrenze ist der 24. Juni 1196.

Die jüngere Herkunft des einen oder anderen undatierbaren Artikels ist vorerst nicht ausgeschlossen, — in dieser Richtung ist noch weitere Forschung abzuwarten —; sie ist aber nicht wahrscheinlich.

§ 2. Das Breisacher Weichbildstrafrecht.

Das Breisacher Strafrecht entleiht seine Sätze z. T. dem Freiburger Vorbild (s. § 3). Daneben hat aber auch dritter Einfluß sich geltend gemacht. Sieht man vom Kampfrechte (art. 8) ab, dessen Vorlage mir einstweilen unbekannt ist¹⁾, so tritt nachweisbar außerzähingische Einwirkung zutage im Friedensrecht, im Huldeverlust-Statut und im Waffenrecht.

I. Das Friedensrecht.

Der Einfluß des Landfriedensrechts auf das Weichbildstrafrecht²⁾ ist von der Textforschung des hier behandelten Quellenkreises bisher nicht berücksichtigt worden. Freilich steht der restlosen Klarstellung der örtlichen und zeitlichen Beziehungen der Verlust eines Teils der Landfriedenstexte im Wege; man wird sich daher insofern mit Annäherungswerten bescheiden müssen, als statt eines erhaltenen Textes möglicherweise ein noch früherer, heute verlorener bestimmend auf das Stadtrecht eingewirkt haben kann.

Das Freiburger Friedensstatut Tb 8 ist im Bewidmungswege nach Dssh (21) und Fbg Ü (Flm 22) gelangt; es dürfte also um 1170 bereits vorgelegen haben. Dafür spricht auch, daß der rheinfränk. Landfr. von 1179, der Brs 1–4 mitbestimmt hat, in Tb 8 noch keinerlei Spuren erkennen läßt.

Oberste Zeitgrenze aber ist das Jahr 1152. Denn der Reichslandfr. Friedrichs I. war, soweit unsere Überlieferung reicht, der erste, der die Strafenstaffelung: Enthauptung für Tötung, Handverlust für Verwundung einführte.³⁾ Aus ihm muß sie der Freiburger Stadtherr in sein Friedensstatut übernommen haben.

¹⁾ Brs 8 regelt neben den Waffenbedingungen des gerichtl. Zweikampfs die Lösung der verfallenen Waffenrüstung des Unterliegenden. Bemerkenswert ist immerhin, daß der Heerfriede Friedr. I. v. 1158 eine Lösung der verfallenen Rüstung, hier Strafe für Mißbrauch des Feldgeschreis, und Unzucht im Quartier (u. zw. neben Ausstoßung aus dem Heere bzw. Kirchenbann), ferner für Diebstahl seitens der Knechte, nur beim Unfreien zuläßt. Beim freien Ritter schloß offenbar die eingetretene Ehrlosigkeit die Lösung der Rüstung aus. Wenn nun Brs diese Lösung dem einer Missetat überführten Bürger gestattet, dann paßt dies, sozialgeschichtlich betrachtet, wohl zu den Sätzen über Siedlungsfreiheit Höriger, aber schlecht zur rudolfnischen Verleihung der Lebensfähigkeit an die Bürger.

²⁾ Vgl. die kurzen, aber treffenden Bemerkungen Bernheims (gegen Sohm) in Quid des D. Zeitschr. f. Geschichtsw. 6 (1890), 264 ff.

³⁾ Vgl. Kück, Die Landfriedensbestrebungen Kaiser Friedr. I. (Marb. Diss. 1887) 17.

Neben dem Reichslandfr. kam 1152 zu Ulm ein schwäb. Landfr. zustande, den Herzog Bertold von Zähringen mitbeschworen hat.¹⁾ Sein Wortlaut ist nicht erhalten. Baute er, wie anzunehmen, auf dem schwäb. Landfr. vom Beginne des Jahrhunderts (1104, 1108?)²⁾ auf, so ist aus ihm der Satz nach Tb 8 gelangt, daß den flüchtigen Friedbrecher auch bei späterer Rückkehr³⁾ seine Strafe ereilen solle.

Bemerkenswert ist, daß die Erstreckung der Friedbruchstrafe auf den Begünstiger, wie sie dem Reichslandfr. von 1152 unbekannt ist⁴⁾, auch in Tb 8 vermißt wird. Dagegen ist die Einrede der Notwehr mit kampflichem Austrag, wie sie der Reichslandfr. für Totschlag und Verwundung zuläßt, in Tb 8 übergegangen. Der Grund dafür ist um so weniger ersichtlich, als Tb 7 gegen gewaltsame Heimsuchung ausdrücklich ein Notwehrrecht einräumt.

Gegenüber Tb zeigt nun das Friedensstatut Brs 1—4 Fortschritte, die sich am zwanglosesten aus dem Einfluß des rheinfränk. Landfr. von 1179 erklären.

a) Den flüchtigen Totschläger trifft in Brs ewiges Stadtverbot der Landfr. droht mit Acht, nach Jahresfrist mit Aberacht.

b) Die Strafen erstrecken sich in beiden auch auf den Begünstiger.

c) Brs läßt Unschuldsbeweis mit Eid, bei Schelte mit Zweikampf zu; ebenso — neben der Notwehreinrede — auch der Landfr.

d) Das Verfahren ist in Brs durch Beläuten des Gerichts als solches auf handhafter Tat zu kennzeichnen; der Landfr. verlangt dreimalige Ladung des Beschuldigten.

Im letzten Punkte weichen beide Rechtssatzungen voneinander ab: die Ladung nach Landfriedensrecht führt zur Einleitung des ordentlichen Rechtsganges, das Beläuten des Gerichts leitet in Brs das Handhaftverfahren ein. Letzteres erklärt sich aber hinreichend durch die erhöhte Bereitschaft der städtischen Rechtspflege. Der Zweck beider Bestimmungen ist der gleiche: dem Beschuldigten das gerichtliche Verfahren und die Möglichkeit der Verantwortung offen zu halten.⁵⁾

Neben dem Landfrieden zeigt das Privileg Friedrichs I. für Hagenau von 1164 augenfällige Berührungspunkte mit Brs. Der flüchtige Totschläger ist dort als „*imperialis maiestatis reus*“, als huldeverlustig⁶⁾ zu verurteilen, sein Vermögen einzuziehen. Gemeint ist jedenfalls

¹⁾ Ebd. 9f.; Heyck, Herz. v. Zähr. 338 f.

²⁾ Dessen Text bei Zeumer, Quellen nr. 4; zur Datierung vgl. Goecke, Die Anfänge d. Landfriedensaufrichtungen in Deutschl. (1875) 81 f.

³⁾ Der Ldfr. v. 1104/08 sagt: nach Jahresfrist, d. h. nach Ablauf seiner Gültigkeit.

⁴⁾ Der Rldfr. v. 1103 kannte sie; 1152 ist sie weggefallen; statt dessen ist den zum Erbgang gelangten Verwandten des Flüchtigen Konfiskation des Erbes für den Fall angedroht, daß sie daraus dem Schuldigen etwas zukommen lassen.

⁵⁾ Vgl. das verw. Recht von Neuenburg a. Rh. (Oberrhein. Stadtr. II 3, ed. Merk), 9 art. 6: „Quacunq[ue] hora [scil. laesus] iudicis officium implo-rabit, iudex reum per campanas ad iudicium evocabit et alio iusto modo.“

⁶⁾ Über diese Bedeutung des Ausdrucks vgl. Köstler, Huldentzug als

Ächtung, entsprechend dem Landfr. von 1179. Auf Verwundung steht neben Handverlust zu Hagenau wie zu Breisach ewiges Stadtverbot. Den Begünstiger trifft auch zu Hagenau gleiche Strafe wie den Täter.

Für das Weichbildstrafrecht hat das Landfriedensrecht der Folgezeit nicht mehr jene Bedeutung gehabt wie im 12. Jahrh.; die besprochenen Kernsätze des peinlichen Strafrechts¹⁾ entgleiten ihm, um in Land- und Stadtrechten fürderhin ihre gesonderte Entwicklung zu finden.

II. Der Huldeverlust.

Die Aufgabe des Huldeverlusts ist im Freiburger Rechte²⁾ eine doppelte. Die jüngeren Texte zeigen seine Verwendung bei Verletzung der bürgerlichen Genossentreue³⁾, ferner bei Amtsmißbrauch des Wagemeysters⁴⁾ und Hintergehung des Stadtherrn seitens eines Bürgers (Hehlsühne, Salmannschaft).⁵⁾

Tb I aber und eine, wie es scheint, weit zurückreichende Bestimmung in Bgt weisen der Unhuld des Stadtherrn die leichteren Friedbruchfälle zu: Übertretung des Waffenverbots⁶⁾ und Schlaghändel unter Bürgern⁷⁾; daneben Heimsuchung.⁸⁾ Die Stelle in Bgt bemerkt zu den letztgenannten beiden Fällen: die übrigen Rechtsfälle (iuditia) gehören vor den Schultheißen. Hier liegt offenbar der älteste Grundstock der Unhuldfälle vor.

Brs 11—13 kennt nur diesen. Dem „depilare“ der Freib. Texte entsprechend wird bewaffnetes Anfallen und Erdfällig-Machen genannt; daneben die Heimsuchung eines Bürgers im eigenen oder fremden Hause. Übertretung des Waffenverbots (unten III) zieht hier Königsbann-Buße an den Richter nach sich, aber nicht Huldeverlust.

Die Verwendung des Huldeverlusts zur Abndung der leichteren Friedbruchfälle bedeutet eine ergänzende Seitenbildung zum Landfriedensrecht; der Stadtfriede wird durch den persönlichen Friedensschutz des Stadtherrn ergänzt, der hier Herzogs- bzw. Königsschutz ist.⁹⁾

Die Geldstrafe, die in Brs an die Stelle der arbiträren Strafe von Bgt 33 getreten ist, beträgt 16 Pfund: drei an den Schultheißen, drei an den Verletzten, zehn an den Stadtherrn.

Das Verfahren selbst ist in Bgt 33 und Brs 10 kein völlig gleichförmiges.

Strafe (Stutz' Kirchenrechtl. Abb. H. 62, 1910) 36 f., E. Mayer, Bemerkungen z. frühmittelalt., insbes. ital. VerfG. 71, Niese, diese Zeitschr. 34, 203.

¹⁾ Entscheidend für die weitere Entwicklung war der Rldfr. Friedr. II. v. 1235. Vgl. Wyneken, Die Landfrieden in Deutschl. v. Rudolf v. H. bis Heinr. VII. (Gött. Diss., o. D., 1886/87?) 7 ff. Diesem aber fehlen Bestimmungen der hier in Frage stehenden Art.

²⁾ Vgl. meine (Einleit. S. 319 Anm. 8 zit.) Untersuchungen 106 ff.

³⁾ Bgt 24, 31.

⁴⁾ Bgt 39.

⁵⁾ Rd 37 u. 70.

⁶⁾ Tb 12 = Bgt 22.

⁷⁾ Tb 15, Bgt 15.

⁸⁾ Bgt 15.

⁹⁾ Die Ausführungen Köstlers a. a. O. 52 f. sind unzulänglich. Richtig E. Mayer, Ital. VerfG. 2, 216 (für den marchio-dux des italienischen Reichsgebiets 306 f.).

a) Brs verlangt Ladung mit gesetzlichen Fristen und Überführung oder Geständnis im gerichtlichen Verfahren. Hierin äußert sich das Verblassen des Unhuldgedankens, bedingt durch Begrenzung seiner Folgen auf eine Geldstrafe und Überweisung der Ahndung an den Stadtrichter.

b) Im übrigen läuft nun in Brs wie nach Bgt eine Friedensfrist von 6 Wochen, während welcher der Freiburger Bürger der Verfügung über sein Haus beraubt ist, während in Brs der Richter Vermögen des Schuldigen in Höhe der Geldstrafe beschlagnahmt.

c) Gelingt es dem Bürger nicht, innerhalb dieser Frist des Herrn Huld wieder zu gewinnen, so verfällt nach beiden Rechten sein ganzes in der Stadt gelegenes Vermögen.

d) Nach Bgt ruht die Sechswochenfrist, solange der Stadtherr auf der Römerfahrt weilt. In Brs, wo der Stadtrichter ohnehin den Stadtherrn im Huldeverlustverfahren vertritt, war nur mit dessen böswilliger Entfernung aus der Stadt zu rechnen; der Huldeverlustige kann sich dann durch Zahlung der Geldstrafe an den Rat der Zwölf aus der Unhuld befreien.

Der Ersatz der arbiträren Strafhöhe durch vorausbestimmte Geldbußen in Brs gemahnt an die Staufer; ihren Privilegien ist er ja geradezu charakteristisch.¹⁾ Wo hier die Drohung mit Unhuld ausdrücklich erhoben wird, findet sich regelmäßig neben ihr die Lösungssumme benannt²⁾; allein auch da, wo nur die Geldbuße angedroht wird³⁾, fußt diese auf dem Unhuldgedanken.

Neben den bekannten hohen Bußsätzen (50, 100, 200 u. m. Pfund Gold)⁴⁾ ist der Breisacher Zehn-Pfund-Satz, auf italienischem Boden seit alters heimisch⁵⁾, unter Heinrich VI. mehrfach bezeugt.⁶⁾

Schon unter Heinrich VII. sind Androhungen der Unhuld ohne Nennung einer bestimmten Buße die Regel.⁷⁾ Noch mehr gilt dies von Rudolf I.⁸⁾ Die Wahrung seiner arbiträren Strafgewalt im Wiener

¹⁾ Inwieweit es älterer Übung der Reichskanzlei entspricht, königl. Gebote bei Huldeverlust bzw. dessen Buße zu erlassen, kann hier außer Betracht bleiben. Vgl. aber Ficker, Forsch. 1, 62 ff., 76 ff.; E. Mayer, Ital. Verfg. 2, 217.

²⁾ Beispiele Böhmer-Ficker, Acta imp. sel. nr. 169, 172, 175, 201, 206 (Heinr. VI.); 298, 307, 312, 313 (Friedr. II.); auch noch 333 (Heinr. VII.). Mit Huldeverlust und Vermögenseinziehung droht nr. 197 (Heinr. VI.).

³⁾ Beispiele Böhmer-Ficker a. a. O. nr. 168, 171, 174, 177, 179, 183, 189, 190, 191, 192, 193, 199, 200, 204, 209, 210 (Heinr. VI.); 260, 263, 267, 268, 269, 282 (Friedr. II.); Köstler a. a. O. 36 Anm. 2, 41 Anm. 1 u. 3, 43 Anm. 1.

⁴⁾ Vgl. die Ausführungen E. Mayers a. a. O. 217 ff.

⁵⁾ Ebd.; freilich fällt hier die 10 Pfund-Buße hälftig an den Verletzten.

⁶⁾ Vgl. Böhmer-Ficker a. a. O. nr. 170 u. 180. Ähnlich niedrige Zahlen auch sonst mehrfach. So unter Friedr. I. 20 Pfund, hälftig dem Verletzten zufallend (Köstler a. a. O. 43 Anm. 1), unter Heinr. VI. 30 Pfund (Böhmer-Ficker a. a. O. nr. 196 u. 207).

⁷⁾ Ebd. nr. 317, 321, 328, 329, 330, 332.

⁸⁾ Ebd. nr. 390, 391, 392, 399, 400, 401, 410, 413, 426, 433, 434, 437,

Privileg von 1278¹⁾ zeigt überdies, daß der Habsburger auch im Stadtrecht die Fixierung der Unhuldfolge nicht begünstigte.

III. Das Waffenrecht.

Tb 12 und Bgt 22 verbieten den Bürgern bei Huldeverlust, anläßlich eines Tumultes nach Hause zu laufen und Waffen zu holen. Nur der zufällig anwesende Bewaffnete bleibt straflos.

Dagegen erkennt Brs 14 auch in diesem Falle ein beschränktes Waffenrecht an. Erhebt sich ein Lärm wegen Feuersbrunst, Streitigkeiten oder aus sonstigem Grunde, so soll bei einer Strafe von drei Pfund an den Richter niemand andere Waffen mit sich führen als Schild, Helm und Axt, es sei denn, daß Krieg oder feindlicher Überfall den Bannbereich bedrohte und man zu gemeinsamer Abwehr auszüge.

Eine verwandte Satzung, die das Waffentragen bei Tumulten mit Beschränkung auf die Schutzwaffen und — statt der Axt — auf den Knüppel zuläßt, enthält der Heerfriede Friedrichs I. von 1158.²⁾ Sollte sie dem Breisacher Gesetzgeber vorgeschwebt haben? Daß dieser statt des Knüppels die Axt gestattet, würde durch die besondere Bezugnahme auf Feuerlärm erklärt. In solchen Fällen brauchte man die Axt.

Dem Breisacher Waffenrecht steht jedenfalls die Bestimmung des Heerfriedens näher als das Freiburger Waffenverbot. Dieses fehlt be-

444; Wirttemb. UB. VII nr. 2372, 2374, 2403, 2414, 2449, 2458, 2544, 2566, 2576; VIII nr. 2810, 3075, 3078, 3157, 3227, 3244; IX nr. 3498, 3499, 3782; Baumgartenb. Formelbuch (ed. Baerwald) B nr. 70, D nr. 47; Cod. epist. Rud. I. (ed. Bodmann) 1 nr. 89; 2 nr. 27, 38, 40, 43, 69. Eine Ausnahme macht der Erstheimer Vergleich: Böhmer-Ficker a. a. O. nr. 428. Vgl. auch Wirttemb. UB. VII nr. 2534: „transgressor earum d[estitut]us sit omni privilegio dignitatis et libertatis ac procuracionis officio, si quod habet.“

¹⁾ Vgl. den Text bei Bischoff, Österr. Stadtr. 177 ff., art. 13, 14, 16, 21, 22, 24, 31, 36, 45. Im Einklange damit steht das rudolfin. Urkundenformular einer „Restitutio civis super homicidio perpetrato“ (Bodmann, Cod. epist. Rud. I., 2 nr. 63). Der König nimmt den Täter auf Bitten Dritter in Gnaden auf und befiehlt seine Wiedereinsetzung in seine bürgerlichen Rechte und Würden.

²⁾ Man vgl. die Texte, den des Heerfr. nach MGH. Leg. 4, 1 S. 299f.:

Heerfriede v. 1158

c. 1:

„Quod si lis mota fuerit, nemo debet accurrere cum armis: gladio scilicet, lancea vel sagittis, sed indutus lorica, scuto, galea ad litem non potest nisi fustem, quo dirimat litem.“

Breisach art. 14:

Si strepitus vel tumultus ob incendia, rixas vel ob aliquem alium casum emerit, quicumque illic arma gestaverit praeter clypeum, ferreum pilum et securim, tres libras iudici emendabit, nisi guerra vel insultus hostium in bannum provenit et ad resistendum eis communiter exierint.

Freib. Tennenb.

art. 12:

Orta seditione, si quis armatus forte illuc venerit, satisfactionem non subibit. Si autem domum redierit et arma apportaverit et de hoc convictus fuerit, gratiam ducis amisit.

kanntlich zu Fbg Ü und Dssh, ist also vermutlich erst nach 1170/78 in Tb I eingefügt worden. Sollte hier vielleicht ein Ausnahmefall vorliegen, in dem umgekehrt Brs einmal Tb I angeregt hat?

Wie dem sei, das Gesamtergebnis der gepflogenen Umschau im Quellenkreise geht dahin:

a) Das Stadtfriedensrecht verrät den Einfluß des rheinfränk. Landfr. von 1179, Berührung mit dem Hag. Privileg von 1164.

b) Die Betonung des fiskalischen Momentes im Huldeverluststatut steht im Einklang mit der Art, wie die Staufer Friedrich I. und Heinrich VI., auch noch Friedrich II. den Verlust ihrer Huld zu werten pflegen; sie steht im Gegensatze zu dem schon von Heinrich (VII.). besonders aber von Rudolf I. eingenommenen Standpunkte.

c) Das Breisacher Waffenrecht endlich kommt dem Heerfr. von 1158 nahe.

Mag auch keines dieser Argumente für sich allein zwingend sein; in ihrer Gesamtheit bestätigen sie doch hinreichend den früher (§ 1) gewonnenen Befund: daß wir es nämlich bei Brs I mit einem Rechtsdenkmal des ausgehenden 12. Jahrhs. zu tun haben.

§ 3. Die Einwirkung des Freiburger Rechts.

Es ist oben (§ 1) bereits die Feststellung vorweggenommen worden, daß dem Verfasser von Brs weder Rd noch Bgt in seiner Gesamtheit vorgelegen hat. Das ist nun näher zu begründen.

I. Der Rd bietet textkritischem Vergleich mit Brs zweierlei Anhaltspunkte: seine Abweichungen von Bgt und seine Zusätze.

1. Von den fünf wesentlich abweichenden Rd-Sätzen (7, 10, 37, 40, 62) gehören zwei dem von Brs benutzten Stoffkreise des Freiburger Rechts an.

a) Geleutung des abziehenden Bürgers seitens des Stadtherrn „per totum sui comitatus (Bgt: sue iuris solutionis) ambitum“. Brs kennt diesen Geleitsanspruch überhaupt nicht.

b) Sechswöchige Verfangenschaft trifft des Huldeverlustigen „res ... mobiles vel immobiles et domum suam infra civitatem“ (Bgt: „domum“). Brs verlangt Vermögensbeschlagnahme in Höhe der Huldwerbesumme. Auch hier ist keinerlei Einfluß des Rd zu erkennen.

2. Von den Zusätzen sind zwei (4, 52) in die übernommene Stofffolge eingestreut, 15 am Schlusse (66—80) angefügt. Von diesen 17 Stellen scheiden zehn (4, 66—71, 73, 77/78) von vornherein aus, da sie schon inhaltlich mit Brs nichts gemein haben. Es verbleiben sieben. Von diesen zeigen vier gewisse Anklänge.

a) Rd 52, „Luft macht frei“, entspricht Brs 20. Entlehnung aus dem Rd liegt aber nicht vor. Der Satz muß in Freiburg schon vor Abfassung des Rd Rechtens gewesen sein. Das habe ich früher¹⁾ unter Hinweis auf Fbg Ü (Flm 25) und Dssh (17) ausgeführt; mit diesen befindet sich nun Brs auf einer Linie. Alle drei heben über-

¹⁾ Vgl. meine (S. 319 Anm. 8 zit.) Untersuchungen 32 f.

einstimmend hervor, der landesabwesende Herr könne sich nicht verschweigen. Sie bringen damit den Rechtscharakter der Jahresfrist noch zum Ausdruck, sind also ursprünglicher als der Rd. Das setzt eine gemeinsame Vorlage, eben eine ältere Freiburger Fassung des Satzes voraus, die im siebenten Jahrzehnt des 12. Jahrh. nach Fbg Ü und Dssh, wohl nicht allzulange danach auch nach Brs gelangt sein muß.

b) Rd 76, Freiong der Vierundzwanzig vom Hofstattzins, entspricht Brs 9. Läge Entlehnung vor, so wäre schwerlich zu verstehen, weshalb aus dem ganzen Komplex von Verfassungssätzen über die Vierundzwanzig gerade nur dieser eine entnommen wurde.

Daß die Bestimmung des Rd altes Recht darstellt, habe ich früher¹⁾ dargetan. Meine z. T. darauf fußende Deutung des Ursprungs dieser Behörde hat, soviel ich sehe, im wesentlichen Zustimmung gefunden.²⁾ Brs kann also die Freiong vom Hofstattzins aus unmittelbarer Kenntnis der Freiburger Verfassung geschöpft haben.

c) Rd 79/80, Einungsgewalt der Vierundzwanzig, berührt sich mit Brs 9. Entlehnung ist ausgeschlossen. Die Gegensätze der beiden Bestimmungen sind oben (§ 1) bereits ausführlich erörtert.

Damit ist alles, was Brs mit spezifischen Rd-Sätzen gemein hat, aufgezählt. Der Vollständigkeit wegen seien aber auch jene drei Sätze noch genannt, an denen, bei Gemeinsamkeit des Stoffes, die völlige Fremdheit beider Rechtsaufzeichnungen besonders ins Licht tritt.

d) Rd 72: Straflosigkeit des Widerstands gegen den gewarnten Hausfriedensbrecher. Brs 13 bedroht Heimsuchung mit Huldeverlust, ohne ein Widerstandsrecht anzuerkennen.

e) Rd 74: Talion gegen den Unterliegenden im Zweikampf, kampfwürdige Klagen. Brs 8 (Kampfrecht) spricht von Lösung der Rüstung des Unterliegenden, aber weder von Talion noch von kampfwürdigen Tatbeständen.

f) Rd 75: Wundschau durch die Vierundzwanzig bei blutendem Schlag. Brs 4 verb. mit 2 behandelt das Verfahren, ohne der Wundschau zu gedenken.

Schon nach dem Bisherigen läßt sich eine Benützung des Rd durch Brs verneinen. Nun enthält aber der Rd außerdem mit wenigen Auslassungen auch Bgt. Und auch dieser Text hat — wie oben (§ 1) bereits erwähnt — als Gesamtaufzeichnung Brs noch nicht vorgelegen. Das ist nunmehr näher zu begründen.

¹⁾ Ebd. 136 ff.

²⁾ Vgl. Rietschel, diese Zeitschr. 31, 570, Rörig, Hist. Vjschr. 1910. 526 f. und neuerdings, in glücklicher Parallele für Lübeck, Ztschr. d. Ver. f. Lüb. Gesch. u. Alt. 17, 27 ff., insbes. 48 ff., ferner Seeliger in Hist. Vjschr. 1918, 508 und neuestens Willmann, Strafgerichtsverf. d. St. Freiburg (SA. aus d. Ztschr. d. Ges. f. Gesch., Alt.- u. Volkskunde v. Freib. Bd. 33) 32 und Anm. 106.

II. Das Verhältnis von Brs zu Bgt und Tb I möge nachstehende Tabelle veranschaulichen, der die entsprechenden Rd-Sätze vergleichsweise beigelegt sind:

Inhalt	Breis.	Tennenb.	Bremg.	Stadtrodel
Weichbild. Friedensrecht	1—4	8	(12—14)	(= 44—45)
Friede des Bürgerheeres	5	—	35	= 64
Friede reisender Bürger	6	(15)	18, 19 (20)	= 48, 49 (50)
Gleichstellung von Mann und Frau	7	10	44	= 25 [26]
Das Kampfrecht	8	—	—	—
Die Zwölf	9	—	—	76 (vgl. 79/80)
Huldeverluststatut . . .	10	—	33	= 62
Huldeverlustfälle . . .	11—13	[= 15]	15	= 46
Waffenverbot	14	[12]	[22, 23]	[= 53]
Schmähwortbuße ¹⁾ . . .	15	—	—	—
Freier Abzug	16	(6) =	[37]	= [7]
Hafenrecht mit Bannmeile	17	—	—	—
Zollfreiheit	18	3	—	= 6
Geleite	19	1	—	—
Siedlungsfreih. Höriger } Stadtluft macht frei . }	20	11, =	21, =	= 51, 52
Grundruhr	21	—	—	—
Lebensfähigkeit	22	—	—	—
Bestätigung der Rechtsgewohnheiten	23	—	—	—

Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild der stattgehabten Entlehnungen:

1. Nur Tb I gehören an (falls überhaupt entlehnt):
 - a) Zollfreiheit.
 - b) Geleit.
2. Nur in Bgt überliefert sind:
 - a) Das Huldeverlust-Statut. Diese grundlegende Regelung der Unhuldfolgen geht auf die Herzogszeit zurück, da in dieser Zeit der Graf noch nicht bei eigenen Hulden dingt (Ssp. Ldr. III 65 § 1).²⁾

¹⁾ Die ganz andere straftechnische Behandlung des Schmähworts in Bgt 53 schließt jede Parallele zu Brs 15 aus. Eher ließe sich eine gewisse Verwandtschaft zwischen Brs 15 und art. 7 des II. Straßburger Stadtrechts annehmen.

²⁾ Vgl. K. Beyerle, Von der Gnade im deutschen Recht 11 f., Köstler, Huldentzug 23 ff. und, für die Parallele des italien. Reichsrechts, E. Mayer, Ital. VG. 2, 306 f.

- b) Unhuldfälle.
- a) Schlaghändel (depilare, percutere), in Brs bewaffnetes Anfallen und Erdfällig-machen.¹⁾ Daß dieser Fall der Herzogszeit angehört, ergibt der Vergleich mit Tb 15.
 - ß) Heimsuchung. Tb I gestattet Widerstand; auf dem vollendeten Delikt stand wohl von jeher Huldeverlust, da Heimsuchung in Tb 8 nicht unter den Ungerichten erscheint.
 - c) Das Heerfahrts-Statut. Es umfaßt die Heerfolgepflicht bis zu einer Tagereise, die Befriedung des Heeres mit Stadtfrieden, die Unhuldfolge als Säumnisstrafe. Brs hat nur den Mittelsatz. Das ganze Statut entstammt der Herzogszeit. Dafür spricht die Unhuldfolge ebenso wie die altertümliche Vorstellung, daß es zur peinlichen Ahndung eines auf Heerfahrt verübten Friedbruchs der besonderen Erstreckung des Stadtfriedens auf das Bürgerheer bedürfe. Das erinnert an die Heerfrieden des 12. Jahrh.²⁾
3. Sowohl Tb I als Bgt bieten entsprechende Bestimmungen zu nachstehenden Brs-Sätzen:
- a) Siedlungsrecht Höriger
 - b) Waffenrecht
- } In Tb und Bgt gleichlautend.
} Vgl. das sub I und § 2 sub III
} Gesagte.
- c) Stadtfriedensrecht. Brs kennt die Scheidung von Bgt zwischen nächtlicher und tags verübter Tat noch nicht, baut vielmehr auf Tb 8 und dem Landfriedensrechte auf. Vgl. das § 2 sub I Ausgeführte.
 - d) Freier Abzug. Tb I erkennt ein Veräußerungsrecht bez. der Hofstatt in Notlage an, Brs sinnleich den freien Abzug des Bürgers in Notlage. Bgt fordert jederzeit, auch ohne Notlage, freien Abzug des Bürgers unter stadtherrlichem Geleitschutz. Brs bildet also eine Zwischenstufe, steht aber Tb I näher.
 - e) Befriedung reisender Bürger. Geraten altverfeindete Bürger auf Reisen aneinander, so bedroht Tb I beide Teile mit Huldeverlust, Bgt und Brs den Urheber mit der Strafe, die bei Begehung in der Stadt verwirkt wäre. Aber Bgt enthält einen Brs noch nicht bekannten Zusatz über die Bestrafung auswärts entzweiter, unversöhnt gebliebener und vor der Rückkehr aneinander geratener Bürger.
- Brs bildet also auch hier eine Zwischenstufe; den drei Bgt-Artikeln muß eine kürzere Fassung (Bgt 18/19 = Brs 6) vorausgegangen sein.

¹⁾ Vgl. zur Stelle Osenbrüggen, Alam. Strafr. 238.

²⁾ Eine Zusammenstellung dieser bei Alb. Schultz, Das hof. Leben 2, 220 ff.

f) Gleichstellung von Mann und Frau. Tb I spricht sie allgemein aus, jedoch ursprünglich¹⁾ im Zusammenhang mit den Gründerleihe-Sätzen. Bgt trennt: allgemeine Gleichordnung es., Gatten erbrecht as. Brs dagegen: Genossenverhältnis zum Eheschluß es., Miteintritt der Frau in das elterliche Erbe as., d. h. augenscheinlich (im Sinne von Stadtrodel art. 66) in die zu Gründerleihe ausgetane Hausstelle.

Ob Brs auch hier eine Zwischenstufe zwischen den beiden Texten darstellt oder ob es unter dem bestimmenden Einfluß anderweitiger Rechtsquellen (vgl. oben § 1) steht, lasse ich dahingestellt.

III. Von den 57 Bgt-Artikeln lassen sich mithin drei mit Bestimmtheit als unmittelbare Vorlage von Brs erweisen: Bgt 15, 33 und 35. Von zwei weiteren — Bgt 21 und 22 — ist wohl nur der zweite unmittelbare Vorlage für Brs gewesen. Dieser kann ebenso wohl in der hier gleichlautenden Fassung von Tb 12 wie von Bgt 22 dem Verfasser von Brs vorgelegen haben. Vier weitere Stellen in Brs entsprechen weder Bgt noch Tb I; vielmehr haben (mindestens) drei derselben den Charakter einer Zwischenstufe zwischen beiden. Endlich stimmen zwei Sätze nur mit solchen in Tb I überein.

Noch nicht der 12. Teil der Bgt-Sätze ist also von Brs verwertet. Das bedarf einer Erklärung. Denn an sich mußte diese große, geschlossene Rechtsaufzeichnung schon durch das Eigengewicht der darin geleisteten gesetzgeberischen Zusammenfassung auf eine tunlichst vollständige Herübernahme hinwirken. Man vergleiche daraufhin die Berner Handfeste, die Tochterrechte von Kolmar, Schlettstadt und Neuenburg²⁾, oder etwa die eigene Fortentwicklung des Freib. Rechts im Rd und den deutschen Stadtrechten.

Es bleibt m. E. nur die Annahme, daß die Einwirkung des Freiburger Rechts vor dessen Gesamtaufzeichnung in Bgt stattgefunden hat. Sie allein erklärt es auch, weshalb bei mehreren der benutzten Sätze Brs eine Zwischenstufe zwischen Tb I und Bgt darstellt.

Man wird dann allerdings den in Brs benutzten Artikeln von Bgt ein höheres Alter zubilligen müssen, als der Gesamtaufzeichnung.

IV. Tb I ist unmittelbar nur mit zwei bzw. drei Sätzen in Brs vertreten. Rechnet man freilich die vier als Zwischenstufe beider Freib. Textformen angesprochenen Stellen hinzu, die ja in jedem Falle auf den Schultern von Tb I stehen, so ergeben sich fünf bzw. sieben derartige Entlehnungen. Das ist immerhin ein Drittel bis etwa die Hälfte ihrer 15 Artikel.

Hinzu kommt, daß Tb I nicht in gleichem Maße den Stempel einer einheitlichen Rechtsaufzeichnung trägt, wie der immerhin in

¹⁾ Vgl. meine Unters. 46 f.

²⁾ Vgl. die Tabelle bei Merk (Oberrh. Stadtr. II 3. H.) XXIX ff.

einem Zuge zusammengestellte Bgt.-Text. Es besteht hier die Möglichkeit späterer Interpolation einzelner Sätze, und sie wird, wie oben (Vorbemerkungen) gesagt, da als gegeben anzusehen sein, wo die Tochterrechte von Fbg Ü (u. zw. in der älteren Fassung von Flm) und Dssh die übereinstimmende Überlieferung vermissen lassen. Inwieweit dies der Fall, darüber gibt nachstehende Tabelle (unter Hervorhebung der gemeinsamen Sätze durch Sperrdruck) Aufschluß.

Inhalt	Tb	Dssh	Fbg Ü	Flm
Geleit	1	—	—	8
Erbrecht v. Ehefr. u. Kindern	2, 1	2, 1	26, 1	4, 1
Verwahrung erbl. Gutes	2, 2	2, 2	26, 2	4, 2
Verteilung erbl. Gutes	2, 3	2, 3	26, 3	4, 3
Zollfreiheit	3	4	7	6
Vogt- u. Pfarrwahl	4	5	1	9
Geltung gem. Kaufmannsr.	5	6	3, [46]	10
Hofstattveräußerung i. Not	6	7, 1	47	12, 1
Notwehr geg. Heimsuchung	7	10	62, [63]	14
Stadtfriedensrecht	8	21	38, [78]	22
Heerfahrtsabgabe	9	—	8	24
Gleichstellung von Mann u. Frau	10	9	—	16
Siedlungsfreiheit Höriger	11	[17]	[48]	[25]
Waffenverbot	12	—	—	—
Wohnverbot f. Minist.	13	12	—	—
Zeugnisrecht	14	11, [13]	67	—
Friede reisender Bürger	15	—	39, [40]	—

Läßt sich nun irgendein Grund angeben für die Übergehung übereinstimmend beglaubigter Sätze von Tb I in Brs? Ich glaube: ja. Merk hat für die entsprechende Erscheinung im Neuenburger Rechte darauf hingewiesen, daß sie, mindestens zum Teil, auf Absicht beruht.¹⁾ Sehen wir zu, wie es sich damit in Brs verhält.

1. Vorweggenommen seien diejenigen in Brs fehlenden Artikel, die sowohl von Fbg Ü — Flm als von Dssh überliefert werden.

a) Von Tb 2 ist der erste Satz (Erbrecht von Ehefrau und Kindern) in Brs 7 Halbs. 2 enthalten. Verwahrung und Heimfall erblosen Gutes aber erfolgte zu Brs kraft Regals; wenn — wie es scheint — eine Beteiligung der Bürgerschaft an demselben nicht in der Absicht des Königs lag, bedurfte es keiner Bestimmung im Stadtrechte.

b) Die Zurückhaltung des Königs in der Verfügung über das Schultheißenamt entspricht lediglich der ausdrücklichen Abmachung des Basler Vertrags von 1185 (s. Vorbemerkungen).

Ebensowenig konnte der König über die Pfarrstelle einer dem

¹⁾ Vgl. Merk (Oberrh. Stadtr. II 3. H.) XXXVI.

Basler Hochstift schon 1139 vom Papste verbriefen Kirche (s. S. 321 Anm. 3) zugunsten der Bürger verfügen.

c) Die Bewilligung des Richtens nach kaufmännischem Gewohnheitsrecht ist in Brs durch die Bestätigung aller bürgerlichen Rechtsgewohnheiten (unbeschadet der Ansprüche des Reichs) ersetzt. Diese Zusicherung ist wohl rudolfinisch. Ob ihr eine ähnliche ältere Vorfassung, ist kaum zu entscheiden, und darum läuft jeder Deutungsversuch hier Gefahr, sich ins Leere zu verlieren.

d) Das Widerstandsrecht gegen gewaltsame Heimsuchung bringt Flm mit der Freie von Quartierlast in Zusammenhang. Geht diese, wie ich mit Welti schon früher annahm¹⁾, auf das Freib. Mutterrecht zurück, dann erklärt sich die Übergehung von Tb 7 in Brs aus dem Wegfall der Voraussetzung, eben der Quartierlastfreiheit, die für Brs nicht in Frage kam.²⁾

Damit ist die Reihe der von den beiden Schweizer Tochterrechten des 12. Jahrh. mitüberlieferten Freib. Sätze, soweit sie in Brs fehlen, erschöpft.

2. Aber auch bei den in Dssh oder Flm nicht überlieferten Sätzen läßt sich für die dreie, die auch Brs nicht enthält, eine Erklärung ihres Fehlens wohl geben, so daß der Datierung von Tb I vor 1185 m. E. nichts entgegensteht.

a) Die patriarchalische Heerfahrtsabgabe der Freiburger Schuster und Sandalenschneider ist auf die kleineren Verhältnisse der Zähringer Hausmacht berechnet. Für den König als Stadtherrn kam sie kaum in Frage. In der staufischen Geldwirtschaft aber wird auch Breisach, wenschon das Stadtrecht schweigt, seinen Platz gehabt haben. In der Reichssteuermatrikel von 1243³⁾ steht die Stadt mit ihrer im Verhältnis zur Größe erstaunlichen Steuer von 100 Mark in einer Linie mit Städten wie Lindau und St. Gallen.

b) Bezüglich des Aufenthalts von Ministerialen der Bürgerschaft gegenüber sich zu binden, verbot dem Könige — wie Merk für

¹⁾ S. meine Unters. 60 f. Auch anderwärts galt im 12. Jh. das Widerstandsrecht gegen gewaltsame Quartiernahme als städtische Freiheit. Vgl. *Libertas Londoniensis* (1133—54) c. 2; Liebermann, *Ges. d. Angels.* 1, 678. Welche erhebliche Rolle die Sicherung gegen ungebührliche Quartierbeanspruchung für die Städte des 12. u. 13. Jhs. spielte, zeigen auch die Privilegien des ungar. Königs für Trau (1108) und Nona in Dalmatien. Vgl. Bischoff a. a. O. 150 u. 95 f. Überlegt man, daß das Eindringen sowohl nach Tb 7 wie nach den Tochterrechten Dssh 10 und Flm 14 gewaltsam („vi“) erfolgen mußte, anderseits, wie Dssh (nachklingend in Rd 72) zeigt, der Hausherr erst nach vorheriger Warnung mit Zeugen zur Selbsthilfe schreiten durfte, so bleibt m. E. kein Zweifel, daß nicht an vorübergehendes Eindringen, sondern an gewalttätiges Verweilen, eben an Quartiernahme gedacht ist.

²⁾ Vgl. das Priv. Konr. III. f. Duisburg v. 1145. Der König bestätigt den Bürgern die von ihnen um die Pfalz errichteten Häuser, „ut... nobis ibidem curiam habentibus, principibus et familiaribus nostris, ceu in aliis locis regalibus fieri solet, aptiora hospitia invenirentur“.

³⁾ Text bei Keutgen, *Urk.* nr. 387.

Neuenburg, Schlettstadt und Kolmar wohl mit Recht annimmt — die strategische Aufgabe seiner Gründung.

c) Die Sätze über Ausschluß des Ungenossenzeugnisses und die Mindestzahl von zwei Zeugen fehlen in Flm; Dssh und Fbg Ü kennen nur den ersteren. Hier freilich halte ich spätere Einfügung für möglich. Im Lehensprozeß wenigstens ist das Ungenossenzeugnis erst durch Reichsspruch von 1195 ausdrücklich beseitigt worden.¹⁾ Daß aber der Stadtrechtskreis seine Ausschließlichkeit eher durchgesetzt hätte als der Lehenrechtskreis, ist mindestens nicht wahrscheinlich.

Danach glaube ich, daß die Auslassung mehrerer Sätze von Tb in Brs sich, soweit die veränderten Hoheitsverhältnisse in Frage kommen (Ziff. 1a und b, 2a) oder die strategischen Rücksichten berührt werden (Ziff. 1d, 2b), als beabsichtigt erkennen lassen. Das Fehlen des Zeugnisrechts erklärt vielleicht dessen spätere Entstehung. Ungewiß bleibt, ob und, bejahendenfalls, warum die Anerkennung des kaufmännischen Gewohnheitsrechts unterblieben ist. Damit stehe ich am Schlusse.

Der Vergleich mit dem Freiburger Rechte hat, wie ich glaube, die auf andere Kriterien gestützte Datierung von Brs I nicht erschüttert, sondern bestätigt.

Für das Freiburger Recht aber hat die Betrachtung von Brs ergeben:

1. Zur Entstehungszeit von Brs I (1185—1196) hat weder Rd noch Bgt vorgelegen.

2. Einzelne Sätze von Bgt, die von Tb I überhaupt nicht oder in dieser Form nicht überliefert sind, reichen aber trotzdem über die Abfassungszeit von Brs I hinaus. Das gilt erweislich für Bgt 15, 18/19, 33, 34—36.

3. Tb I ist sehr wahrscheinlich als Ganzes von Brs benutzt, wird also damals (1185—1196) bereits vorgelegen haben.

4. Die Nichtberücksichtigung eines Teils seiner Sätze läßt sich bis auf zwei (Tb 5 und 14) aus gesetzgeberischer Absicht erklären. Tb 14 ist vielleicht erst nach Abfassung von Brs dem Bestand von Tb I eingefügt worden. Ungeklärt bleibt, ob Tb 5 im vorrudolfinischen Brs ein Seitenstück hatte.

Basel.

F. Beyerle.

¹⁾ MGH. Leg. IV 1, 516: „quod nec liber nec ministerialis, qui non habet beneficium a domino, debeat ferre testimonium pro beneficiato in causa feudali contra beneficiatum vel contra dominum.“